



**Finanz- und Europaministerin Katrin Lange
in Vertretung des Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke
zum Thema „Herausforderungen gemeinsam bewältigen“
Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes
am 1. November 2021 in Seelow**

[Es gilt das gesprochene Wort.]

Es ist immer gut, beim Städte- und Gemeindebund zu Gast zu sein. Und es ist immer eine Freude, in dem vorzüglichen Landkreis Märkisch-Oderland zu Gast zu sein; heute hier in Seelow. Ganz herzlichen Dank also für Ihre Einladung. Zugleich muss ich den Ministerpräsidenten für heute entschuldigen. Wegen der Koalitionsverhandlungen in Berlin kann er heute leider nicht an Ihrer Mitgliederversammlung teilnehmen. Er hat mich gebeten, ihn zu vertreten und seine herzlichen Grüße an Sie auszurichten.

Das letzte Mal trafen Sie sich mit dem Ministerpräsidenten vor zwei Jahren im Theater der schönen Stadt Brandenburg an der Havel. Damals betonte die französische Botschafterin Anne-Marie Descôtes, wie wichtig die 30-jährige Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich ist.

Auch der Ort der heutigen Mitgliederversammlung ist geschichtsträchtig und gut gewählt. Er erinnert uns an die erbitterte Schlacht im Vorfeld von Berlin, die hier auf den Seelower Höhen ausgetragen wurde. Sie stand am Ende eines furchtbaren Krieges, der Europa in weiten Teilen zerstörte und ungeheure Opfer forderte. Die Folgen dieses Krieges prägen auch diese Region diesseits und jenseits der Oder bis heute. Wir können froh und dankbar sein, dass wir heute, 76 Jahre nach Kriegsende, in einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft leben. Und zwar in guter Nachbarschaft mit unseren Partnern auch jenseits unserer Grenzen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Zusammenarbeit mit Polen. Wo wüsste man das besser als hier in Seelow?

Frieden und gute Nachbarschaft sind ein Privileg, das wir schützen müssen und das unseren Einsatz jeden Tag aufs Neue rechtfertigt. Dabei macht gelegentlich auch der Ton die Musik. Und es ist kein Geheimnis, dass der Ton, der von Deutschland und Brüssel gelegentlich gegenüber unseren polnischen Nachbarn angeschlagen wird, meinen Beifall nicht findet. Seit dem Zusammenbruch des Sowjetsystems ist Deutschland ringsum nur von Freunden und Partnern umgeben – und man sollte schon dafür sorgen, dass es auch so bleibt. Das legt ein gewisses Bewusstsein für die Sensibilität mancher Beziehungen nahe, und das deutsch-polnische Verhältnis ist und bleibt sensibel. Da sollte man vielleicht nicht ständig Öl ins Feuer gießen, das wird sonst nämlich kein sehr gutes Ende nehmen. Auch das weiß man hier in Märkisch-Oderland besonders gut. In der Peripherie, wie es so schön heißt, ist man nämlich oft politisch weitsichtiger als in den Zentralen. Auch das ist eine Erfahrung aus gut 30 Jahren kommunaler Selbstverwaltung in Brandenburg.

Meine Damen und Herren, vollkommen zurecht gelten unsere Kommunen, die Sie, verehrte Anwesende, jeden Tag aufs Neue repräsentieren, als Keimzelle der Demokratie. Hier spielt sich das Leben der Menschen vor Ort ab. Hier sind Politik und Verwaltung direkt erfahrbar. Die kommunale Selbstverwaltung ist eben seit ihren Anfängen nicht nur ein reiner Verwaltungsgrundsatz, sondern auch und vor allem ein demokratisches Prinzip. Doch wie bleiben Behörden präsent und bürgernah, wenn es plötzlich gilt, Kontakte so weit wie irgend möglich zu vermeiden?

Meine Damen und Herren, mit genau dieser und vielen weiteren Fragen waren Sie in den vergangenen 18 Monaten tagtäglich konfrontiert. Sie haben Schul- und Kitaschließungen koordiniert und die Notbetreuung organisiert. In den Gesundheitsämtern galt es plötzlich, Kontakte nachzuverfolgen und Erkrankte zu informieren. Außerdem haben Sie neue Wege gesucht, um die zwar alltäglichen, dabei jedoch unentbehrlichen Dienstleitungen für die Bürgerinnen und Bürger aufrechtzuerhalten. Manches musste neu erfunden, manches improvisiert werden. Und dabei ist ganz ohne Zweifel Großes geleistet worden. Dafür danken Ihnen der Ministerpräsident und ich sehr herzlich!

Mir ist bewusst, vor welchen außergewöhnlichen Herausforderungen die Kommunen in dieser Zeit standen und auch weiterhin stehen. Und ich mache auch keinen Hehl daraus, dass in der Krise Defizite staatlichen Handelns sichtbar wurden. Das gilt für die digitale Ausstattung von Schulen und Behörden. Es gilt für Kommunikations- und Organisationsprozesse. Diese und andere Probleme muss man auch offen ansprechen. Land und Kommunen arbeiten an einer Auswertung der Pandemie, um zu schauen, wie wir auf allen Verwaltungsebenen noch zukunftsfester und nachhaltiger werden können. Wer dabei bereit ist, zu lernen, wird künftig vieles besser machen.

Meine Damen und Herren, die Corona-Krise hat bei den Städten und Gemeinden zu zusätzlichen Ausgaben und Steuerausfällen geführt. Das Land hat seine Kommunen in diesen Zeiten tatkräftig unterstützt und wird sie natürlich auch künftig nicht alleine lassen. Beispielhaft nenne ich

- die schnelle Verständigung mit den Kommunalen Spitzenverbänden über einen Kommunalen Rettungsschirm,
- die Erstattung von Kita-Beiträgen, die allein im ersten Halbjahr 2021 rund 20 Millionen Euro betrug,
- die Ko-Finanzierung des ÖPNV-Rettungsschirmes des Bundes im Umfang von 1 Milliarde Euro und
- die einvernehmliche Lösung zwischen Land und Kommunen über die Fortschreibung des kommunalen Finanzausgleichs.

Und unsere Kommunen werden weiterhin mit 22,43 Prozent an den Steuereinnahmen des Landes beteiligt.

Zur Wahrheit gehört jedoch auch, dass das Land Brandenburg das Haushaltsjahr 2020 mit einem deutlich negativen Saldo aus Einnahmen und Ausgaben von rund 1,7 Milliarden Euro abgeschlossen hat. Der Landtag hat bis ins Jahr 2022 eine außergewöhnliche finanzielle Notlage festgestellt. Eine solche liegt auch zweifellos vor. Das Land Brandenburg stößt also derzeit durchaus an die Grenzen der finanziellen Belastbarkeit. Trotz alledem wird Brandenburg seine Kommunen auch weiterhin solidarisch unterstützen. Das ist auch mir als Finanzministerin ein Anliegen; schließlich habe ich viele Jahre selbst als

Amtsdirktorin in kommunaler Verantwortung gestanden. Und das war, nebenbei bemerkt, eine gute Zeit!

Überhaupt, meine Damen und Herren, schadet es Landespolitikern gar nicht, wenn sie zuvor einige Jahre lang kommunale Erfahrungen gesammelt und in konkreter Verantwortung gestanden haben. Wenn man selber weiß, wie das ist, wenn der Bürger im Büro steht und den Schreibtisch umstürzen will, dann eröffnet einem das erfrischend praktische Perspektiven auf die Problemlagen vor Ort. Dieser Umstand wird den hier Anwesenden sehr gut vertraut sein.

Meine Damen und Herren, bei der weiteren Unterstützung unserer Kommunen denke ich zum Beispiel an die folgenden Vorhaben und Projekte:

- Wir überprüfen den horizontalen Finanzausgleich und beraten gemeinsam über mögliche Anpassungen.
- Wir finanzieren investive Ausgaben in den Bereichen Regionalentwicklung, Klimaschutz, moderne Infrastruktur, Digitalisierung und Innovationen. Hierfür steht uns insbesondere der Zukunftsinvestitionsfonds des Landes zur Verfügung.
- Wir entwickeln einen Maßnahmenplan zur weiteren Teilentschuldung unserer Kommunen.
- Wir verbessern das Kita-Gesetz. Die Finanzierung soll einfacher und transparenter werden. Ab 2023 soll auch das vorletzte Kita-Jahr beitragsfrei sein. Der Personalschlüssel wird erhöht.

Meine Damen und Herren, ich habe bereits angesprochen, dass wir mit der Digitalisierung einen weiteren wichtigen Auftrag verfolgen. Die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes ist ein wichtiger Aspekt. Wir arbeiten hier eng mit den Kommunen zusammen. Ich weiß, wie ambitioniert das Vorhaben ist, alle 575 Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 elektronisch anzubieten. Dazu kommen noch ungeklärte Finanzierungsfragen. Diese erörtern wir gemeinsam, genauso wie wir zahlreiche gemeinsame Informationsveranstaltungen mit den Kommunen zu diesem Thema durchführen. Und auch die moderne Stadtentwicklung ist ohne Digitalisierung nicht vorstellbar. Ich denke hierbei an smarte Städte und Regionen, wie wir sie mit Potsdam-Mittelmark, Bad Belzig, Wiesenburg, Cottbus und Potsdam schon mehrfach in Brandenburg finden. Unsere Städte werden somit effizienter und

technologisch fortschrittlicher. Ich kann nur an alle Städte und Gemeinden appellieren, diesen Weg ebenfalls zu gehen und gemeinsam zu diskutieren, wie dieser weiter gestaltet werden soll.

Meine Damen und Herren, unsere Kommunen stehen vor weiteren großen Herausforderungen. Lassen Sie mich kurz skizzieren, wie das Land die Kommunen für die Zukunft weiter unterstützen möchte:

Erstens – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall im Land erreichen:

Viele Städte in Brandenburg wachsen, andere hingegen schrumpfen. Dies passiert regional sehr unterschiedlich. Wir haben hierzu Ende August unsere neue Strategie zur Regionalentwicklung vorgestellt. Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden wollen wir sie mit Leben füllen.

Zweitens – Bezahlbaren Wohnraum schaffen:

Wir haben hierzu einen ersten Wohnungsmarkt-Beobachtungsbericht veröffentlicht. Dieser bildet für die Weiterentwicklung der Wohnungspolitik im Land eine wichtige Arbeitsgrundlage.

Drittens – Lebendige Innenstädte entwickeln:

Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg hat zu diesem wichtigen Thema ein Positionspapier verfasst. Auch die Landesregierung hat hierzu eine Strategie vorgestellt. Wir wollen nun mit allen Beteiligten die richtigen Instrumente nutzen, um unsere Innenstädte gemeinsam zu stärken.

Viertens – Eine attraktive Verwaltung erhalten:

Unsere Behörden sind die ersten Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen. Vollkommen zurecht wünschen Sie sich Ämter, die präsent sind und Entscheidungen zeitnah und kosteneffizient treffen. Land und Kommunen haben in den vergangenen Jahren an der Technischen Hochschule Wildau verschiedene Bachelor-Studiengänge für die allgemeine Verwaltung und für Verwaltungsinformatik aufgebaut. Für den Öffentlichen Gesundheitsdienst haben Bund und Länder vor Kurzem einen Pakt geschlossen. Er stellt Mittel für Personal, Digitalisierung und moderne Strukturen zur Verfügung. Brandenburg soll davon nach aktuellem Stand insgesamt 94,2 Millionen Euro erhalten. Das ist eine erhebliche Summe. Damit können weiteres Personal eingestellt und zukunftsfeste Strukturen geschaffen werden.

Fünftens – Die duale betriebliche Berufsausbildung stärken:

Alle Bündnispartner haben hierzu vor kurzem den überarbeiteten Brandenburgischen Ausbildungskonsens verabschiedet.

Sechstens – Das Potenzial qualifizierter ausländischer Arbeits- und Fachkräfte nutzen:

Hierbei wollen wir die Möglichkeiten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes nutzen. Dabei liegen bereits eine Reihe guter Erfahrungen vor. Brandenburg ist und bleibt ein weltoffenes und tolerantes Land in der Mitte Europas. Daran habe ich gar keinen Zweifel.

Siebtens – An die positive wirtschaftliche Entwicklung anknüpfen:

Wir wollen einer der führenden Industrie- und Wirtschaftsstandorte in Deutschland werden. Dies kann nur gelingen, wenn wir – neben den Fachkräften – ausreichend Ressourcen wie Energie und Fläche bereitstellen können. Dabei spielen die erneuerbaren Energien zweifelsohne eine immer größere Rolle. Brandenburg ist hier bereits führend, und das wollen wir auch bleiben. Wir erarbeiten derzeit eine Gewerbeflächenanalyse, um Potenziale für künftige Investitionsvorhaben aufzuzeigen. Derzeit können wir nur erahnen, welchen Sog die Ansiedlung von Tesla noch nach sich ziehen wird. Die Folgen sind jedenfalls jetzt schon erheblich; man schaut neuerdings aus anderen Ländern mit etwas Neid auf Brandenburg.

Hierauf muss das Land vorbereitet sein. Es ist auch Aufgabe der Kommunen, in Vorleistung zu gehen und hierfür frühzeitig mit Planungsleistungen zu beginnen, Gewerbeflächen auszuweisen und Bebauungspläne zu erstellen. Aber auch den Erhalt unserer wunderbaren, großflächigen Kulturlandschaften müssen wir dabei im Blick behalten. Bei allem wirtschaftlichem Erfolg: Diesen Ast, auf dem wir sitzen, dürfen wir nicht absägen. Das Thema wird in vielen Regionen des Landes für einigen Konfliktstoff sorgen. Jedenfalls kann ich Ihnen das aus meinen Erfahrungen im Nordwesten des Landes so bestätigen. Wenn 240 Meter hohe Windräder vor dem eigenen Garten errichtet werden sollen, denkt mancher plötzlich ganz anders über die Energiewende als zuvor. Was für eine Überraschung ... diese Debatte wird noch für sehr viel Freude im Land sorgen, das sage ich Ihnen hier mit einer gewissen Grimmigkeit voraus. Aber das wissen Sie ja als Bürgermeister und Amtsdirektoren.

Meine Damen und Herren, wir blicken auf anderthalb Jahre voll unerwarteter Veränderungen und Einschränkungen zurück. Wir blicken gleichzeitig auf die kommenden Jahre mit weiteren tiefgreifenden Veränderungen und Herausforderungen. Es wird nicht einfach sein, aus der jetzigen pandemischen Lage herauszukommen. All dies können das Land und die Städte und Kommunen nur gemeinsam angehen. Wir teilen Probleme und Erfolge. Und immer muss es dabei gehen um die Interessen der Menschen in unserem Land.

Der Städte- und Gemeindebund setzt sich seit seiner Gründung beharrlich für die Belange der Städte und Gemeinden in Brandenburg ein. Dies ist zugegebenermaßen nicht immer komfortabel für die Landesregierung – soll es jedoch auch gar nicht sein! Als kompetente Interessenvertretung unserer Kommunen leisten Sie, meine Damen und Herren, einen unverzichtbaren Beitrag, um unsere Gemeinden und Städte, und damit unser ganzes Land voranzubringen. Den Städte- und Gemeindebund haben wir immer kennengelernt als kompetenten, engagierten und auch fairen Partner. Sein Wort hatte und hat Gewicht – und das wird auch so bleiben. Gleiches gilt natürlich für den Landkreistag, weswegen man zu recht mit Respekt und Achtung von den zwei kommunalen Spitzenverbänden spricht. Ich versichere Ihnen, dass es für die Landesregierung ein zentraler Auftrag ist und bleibt, die kommunale Selbstverwaltung zu bewahren und weiter zu stärken.

Der Ministerpräsident und die Regierung stehen Ihnen, liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und liebe Amtsdirektorinnen und Amtsdirektoren, weiterhin als Gesprächspartner umfassend und sehr gerne zur Verfügung. Es gab im Juni erstmals eine außerordentliche Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes, zu der der Ministerpräsident weiterhin gerne zwei Mal im Jahr kommen wird, und es gibt im Frühjahr die Neuhardenberger Tage, die sich als Format für einen gemeinsamen Austausch besonders anbieten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen hier in Seelow eine sehr erfolgreiche Mitgliederversammlung mit einem intensiven Austausch und guten Gesprächen und viel Energie und Tatkraft für Ihre vielfältigen Themen und Aufgaben.

Gut, dass es den Städte- und Gemeindebund Brandenburg gibt! Gäbe es ihn nicht, müsste man ihn unverzüglich erfinden!

Herzlichen Dank!